

Tassilo Timm, e-mail: tassilo-timm@gmx.de; Einer der Sprecher des Internationalistischen Bündnisses Thüringen und Landesvorsitzender der MLPD Thüringen

Klaus Dimler, Sohn von Kurt Dimler, Thälmann-Kommunist und Hinterbliebener des KZ Buchenwald, und Mitinitiator der Gedenkveranstaltung

An

Stiftung „Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora“, e-mail: sekretariat@buchenwald.de

Herrn Rikola-Gunnar Lüttgenau, e-mail: rluettgenau@buchenwald.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Lüttgenau,

gestern erhielten wir einen Brief von Ihnen mit dem Betreff „*Veranstaltung der MLPD am 17. August*“. Darin teilen Sie mit, dass die **Gedenkveranstaltung** zum 75. Todestag Ernst Thälmanns, die das Internationalistische Bündnis mit der MLPD als einer Trägerorganisation am 17. August 2019 durchführen wird, auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald **verboten** wird.

Sie behaupten darin zu Beginn, dass man auf www.rf-news.de „*zu einer Veranstaltung (Wahlkampfauftakt in Thüringen) aufrufe, die von uns auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald nicht genehmigt wurde*“.

Das ist in verschiedener Hinsicht **falsch**:

Erstens findet der **Wahlkampfauftakt** zum Landtagswahlkampf der Internationalistischen Liste/MLPD am 17. August in Erfurt statt - und nicht auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald. Auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald findet eine antifaschistische **Gedenkundgebung** anlässlich des 75. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns statt.

Zweitens ist das **Internationalistische Bündnis** der Veranstalter, nicht die MLPD, die natürlich ein aktiver Träger des Bündnisses und der Veranstaltung ist. Diese Kundgebung wurde von Klaus Dimler, Mitglied der LAG Buchenwald und Sohn von Kurt Dimler, eines der Mitglieder des illegalen internationalen Lagerkomitees, im Namen des Internationalistischen Bündnisses bereits am 17. Dezember 2018 schriftlich angemeldet.

Drittens ist falsch, dass diese Veranstaltung von Ihnen „**nicht genehmigt wurde**“. Bereits am 20.02.2019 um 12:50 schrieb Frau Sandra Siegmund: *“Sehr geehrter Herr Dimler, bezugnehmend auf Ihre Anfrage darf ich Ihnen den Termin ihrer Gedenkveranstaltung am 17.8.2019 an der Mahnmalsanlage am Glockenturm bestätigen. Welche Infrastruktur benötigen Sie von uns, wie planen Sie ihren Ablauf?”*

Die **Gedenkveranstaltung wurde also schon vor fünf Monaten genehmigt**, es waren danach nur noch konkrete Absprachen zum Ablauf nötig. Diese Umsetzungsfragen konnten in einem Gespräch zwischen Ihnen und einer Ihrer Mitarbeiterinnen und mir am 3. April 2019 konstruktiv beraten werden.

In der aktuellen Mail von Ihnen ist eine E-Mail vom 31. Mai an mich enthalten, die mich aber nie erreicht hat. Die diesbezügliche Provideranfrage läuft bereits. Angeblich haben Sie schon in diesem Schreiben die Gedenkaktivitäten untersagt.

Dieses Verbot und seine Begründung ist ein **so besorgniserregender und empörender Vorgang**, dass ich ihm hier **grundsätzlich und ausführlich entgegentrete**.

Wie kommen Sie dazu, ausgerechnet das **Gedenken** des Internationalistischen Bündnisses

zum **75. Jahrestag der Ermordung des Kommunisten Ernst Thälmanns** auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald zu verbieten? **Buchenwald**: Das steht für immer für den brutalsten Terror der Hitler-Faschisten gegen Kommunisten und andere KZ-Häftlinge. Es steht für immer für die Ermordung Ernst Thälmanns, dem Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Es steht aber auch für immer für die **Selbstbefreiung des Konzentrationslagers unter Leitung des internationalen Lagerkomitees, geführt von den Kommunisten** (darunter, wie Sie wissen, ein ganzer Teil jüdischer Herkunft).

Dass sich eine Stiftung öffentlichen Rechts erdreistet, das Gedenken an die Ermordung Ernst Thälmanns durch die Hitler-Faschisten zu verbieten, mit dem „*Hausrecht*“ zu drohen und jedem, der Mitglied oder Anhänger der MLPD ist, damit zu drohen, den „*Zutritt zur Gedenkstätte zu verwehren*“ (alles Originalzitate aus Ihrem Brief), ist ein **Exzess des Antikommunismus und des bürgerlichen Antifaschismus**. So etwas haben wir offen gestanden noch nicht erlebt.

Gerade Ihnen müsste bekannt sein, dass es die Kommunisten waren, die den höchsten Blut- zoll im Widerstand gegen den Hitler-Faschismus erbrachten. Und es war Ernst Thälmann, der den antifaschistischen Widerstandswillen repräsentierte und der auf persönlichen Befehl Hitlers in Buchenwald ermordet wurde. Auch heute stehen Kommunisten und Internationalisten an vorderster Front im Kampf gegen Faschismus und Rassismus!

Wer das Gedenken an Thälmann verhindern will, der verlässt jeden **ehrlichen antifaschistischen Konsens**. Er folgt der Leitlinie des **bürgerlichen Antifaschismus**, der Kommunismus und Faschismus demagogisch gleichsetzt und damit eine Geschichtslüge größten Ausmaßes und großer Gefährlichkeit verbreitet. Sie ist nur geeignet, den antifaschistischen Widerstand damals und heute zu verunglimpfen, den Faschismus zu verharmlosen und den so dringenden Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Regierungen und der bürgerlichen Parteien, besonders mit dem Aufkommen der AfD und anderer faschistoider und faschistischer Kräfte, zu schwächen.

So wird der MLPD – die nicht einmal Veranstalter des Gedenkens ist - vorgehalten, dass Sie die Zeit „*Zeit des "Großen Terrors" in der Sowjetunion unter Stalin gerechtfertigt*“ habe. Man kann zur Person Stalin unterschiedlicher Auffassung sein. Die MLPD hat eine differenzierte Beurteilung dazu. Aber die **Zeit in der Sowjetunion** unter Stalins Führung pauschal als „*Großen Terror*“ zu verunglimpfen, ist interessengeleitete Geschichtsklitterung. Die Vorsitzende der MLPD, Gabi Fechtner schrieb zur Position der MLPD in einem Interview im Mai 2017: *„Wir verteidigen die Errungenschaften im Aufbau des Sozialismus, wozu auch die Verdienste Stalins gehören. Es war das großartige Verdienst der Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins, über Jahrzehnte erstmals in der Geschichte den Sozialismus aufzubauen. Er wurde gegen härteste Attacken und unter größten Opfern verteidigt – und schließlich der Hitler-Faschismus besiegt. Wir wehren uns entschieden gegen den antikommunistischen Mainstream, alle Probleme in diesen Zeiten härtester Klassenkämpfe Stalin persönlich in die Schuhe zu schieben. Wir fordern, dass es eine offene und sachliche Auseinandersetzung gibt: sowohl über die Errungenschaften des Sozialismus, als auch über die Probleme und Fehler etwa zu Stalins Zeit. Denn wir haben selbst größtes Interesse, die Verbrechen und Fehler dieser Zeit gründlich aufzuarbeiten. Ist es nicht ein glaubwürdiges Motiv, das aufzuarbeiten, weil man den Sozialismus künftig verbessert aufbauen will? Bisher beanspruchen ja ausgerechnet die Kräfte die Deutungshoheit, die ihren Kapitalismus bis aufs Messer verteidigen und jede gesellschaftliche Alternative bekämpfen und unterdrücken – wie glaubwürdig ist da eine sachliche „Aufarbeitung“? Gerade sie verwehren jede offene Auseinandersetzung und arbeiten nur mit negativen Gefühlen und dumpfen Ängsten.“*

Nach Ihrer „Logik“ müsste man konsequenterweise jeden Kommunisten in den dreißiger und vierziger Jahren mit dem Bannstrahl des Antikommunismus belegen – denn sie **waren alle Anhänger des sozialistischen Aufbaus unter Stalin. Selbstverständlich auch Ernst Thälmann!** Wenn Sie ihre Logik zu Ende denken, dürfte er ja dann gar nicht mehr in der Gedenkstätte gewürdigt werden. Es ist an Demagogie kaum zu überbieten, wenn in Ihrem Schreiben

behauptet wird, diese Feierlichkeit widerspreche dem Ziel, die „Gedenkstätten als Orte der Trauer und Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren“. Sind Verbrechen an Kommunisten der Erinnerung nicht wert? Das ist eine menschenverachtende antikommunistische „Logik“.

Eine solche Ausgrenzung kommunistischer und internationalistischer Antifaschisten aus antikommunistischen Motiven tritt auch den Schwur von Buchenwald der überlebenden Inhaftierten mit Füßen. Dort heißt es:

„Wir Buchenwalder (...) kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – der Sieg muss unser sein! (...) Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung“.

Für uns ist es eine sehr ernsthafte Verpflichtung.

Als zweites „Argument“ wird die kritische Haltung von MLPD und Internationalistischem Bündnis zur **israelischen Regierung** ins Feld geführt. Die MLPD und das Internationalistische Bündnis haben noch nie das Existenzrecht eines Staates Israel in Frage gestellt. Es muss zum **demokratischen und antirassistischen Grundkonsens** gehören, dass man Antisemitismus bekämpft - und gerade deshalb auch **jede** rassistische Politik ablehnt: So wie sie z.B. Mohdi in Indien gegen Muslime, Trump gegen Schwarze, aber auch die israelische Netanjahu-Regierung gegenüber den Palästinensern betreibt. Erst gestern meldete die Süddeutsche Zeitung, dass der neue Erziehungsminister unter Netanjahu fordert, die palästinensischen Autonomiegebiete zu besetzen und den Palästinensern das Wahlrecht zu entziehen. Zurecht werfen ihm jüdisch-israelische Oppositionspolitiker vor, einen Apartheid-Staat anzustreben (SZ vom 17.7.19). Meinen Sie nicht, dass es dem antifaschistischen und antirassistischen Vermächtnis entspricht, solch rassistischer Politik entgegen zu treten? Daran kann auch nichts ändern, dass es eine **demagogische Kampagne ausgehend von ultrareaktionären israelischen Regierungskreisen** gibt, die jeden mit dem Bannstrahl des Antisemitismus belegen, der diese Politik kritisiert.

Konkret behaupten Sie, die MLPD hätte beim Gedenken des Jahrestages der Befreiung im April diesen Jahres Materialien angeboten, „in denen u. a. zum Boykott gegen Israel aufgerufen wird“. In keiner der Veröffentlichungen der MLPD und auch nicht auf ihrem Info-Tisch im April 2019, ruft die MLPD zum „Boykott gegen Israel“ auf. Dieser Vorwurf ist frei erfunden. Auf dem Info-Stand wurden Veröffentlichungen zum Thema Antifaschismus (Bücher der MLPD, Romane wie „die Moorsoldaten“, die Broschüre der MLPD zur rassistischen AfD) vertrieben. Richtig ist, dass die MLPD die BDS-Kampagne kritisch unterstützt - genauso wie viele Prominente wie Bischof Desmond Tutu, viele Organisationen und Einzelpersonen jüdischen Glaubens, Palästinenser usw. Der Deutsche Bundestag hat unter oben genannter Doktrin von aggressiven Verteidigern Netanjahus die BDS-Kampagne als antisemitisch diskreditiert. Aber wieso machen Sie sich diese haltlosen Vorwürfe zu eigen?

Ich frage mich natürlich, **woher Ihre Wende um 180 Grad kommt**. Unsere Zusammenarbeit war zu Beginn konstruktiv, von gegenseitigem Respekt geprägt. Zügig wurde die Gedenkfeier genehmigt, kooperativ alles weitere besprochen. Wer hat da eigentlich eingegriffen oder bei der „Argumentation“ in Ihrem Brief die Feder geführt? Solche Anwürfe kennt man normal vom **antikommunistischen Verfassungsschutz**. Ist es ein Zufall, dass diese Attacke auf die MLPD nur kurz nach dem Erscheinen des neuen Bundesverfassungsschutzberichts erfolgt, der eine „Neubewertung“ (O-Ton) der MLPD vornimmt, weil er bisher die Stärke der MLPD unterschätzt hätte? Reiht sich dieser Vorgang ein in die Versuche von Seehofers Innenministerium, Veranstaltungen und Raumnutzungen der MLPD zu verhindern? Ein Innenminister, der die Verantwortung für zahlreiche Verstrickungen faschistoider, faschistischer und rassistischer Kräfte mit seinem Staatsapparat trägt. **Ich gehe davon aus, Sie wollen eine antifaschistische Gedenkstätte bleiben und keine Außenstelle des Bundesinnenministeriums oder des Verfassungsschutzes werden, oder?** Dann nehmen Sie diesen Brief zurück!

Die MLPD hat nicht nur **2007** bereits eine größere, international beachtete Kundgebung am Glockenturm durchgeführt, sie hilft auch dabei, **regelmäßig Führungen** für Jugendliche zu organisieren und beteiligt sich an unterschiedlichsten Gedenkveranstaltungen. Klaus Dimler ist sehr aktiv in der antifaschistischen Gedenkarbeit vor Ort. Auch die MLPD nimmt selbstverständlich am jährlichen Gedenktag zur Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald teil. Ihnen ist auch bekannt, dass die Gedenkfeier an die Thälmann-Ermordung keine Konkurrenzveranstaltung ist. Klaus Dimler hatte Ihnen schon am 17. Dezember 2018 mitgeteilt: *„Ich betone nochmals, dass es nicht um eine Gegenveranstaltung geht sondern im Gegenteil, um Gedenken, mahnen u. Widerstand national u. international gegen den erstarkenden Faschismus u. Nationalismus zu organisieren.“*

Sie drohen sogar damit, der MLPD bzw. ihren Mitgliedern oder Sympathisanten den **Zutritt zur Gedenkstätte** zu verwehren. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Sie wollen mit einer Polizei, die zunehmend von AfD und noch rechteren Kräften durchgesetzt ist, Kommunisten den Zutritt zu einer Gedenkstätte verwehren, die Kommunisten ehrt, die Opfer des Faschismus wurden? In was für einer Zeit leben wir eigentlich?

Die Gedenkstätte hat völlig zu Recht gegenüber den NSU-Mitgliedern Hausverbot erteilt. Ebenso gegenüber Björn Höcke ein zeitweiliges Hausverbot. Gleiches drohen Sie jetzt der MLPD an – genau der Partei, die zu den konsequentesten Antifaschisten gehört, die seit Jahrzehnten das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen fordert und aktiv dafür kämpft und deren Repräsentanten wie Monika Gärtner-Engel von Neofaschisten bedroht werden. Ein solches Verhalten hat mit ehrlichem Antifaschismus nichts mehr zu tun.

In einer Zeit, in der im Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Regierung, der bürgerlichen Parteien und gegen neofaschistische Hetze, Terror und neofaschistische Morde der **breite überparteiliche antifaschistische Zusammenschluss** ganz oben auf der Agenda steht, beschneiden Sie drastisch die demokratischen Rechte und Freiheiten ausgerechnet von Antifaschisten.

Welche Rolle spielt dabei eigentlich der Stiftungsrat? So sitzen dort ja der Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten/Chef der Staatskanzlei als Vorsitzender. Sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Oberbürgermeister der Stadt Weimar, der Landrat des Landkreises Nordhausen und der Präsident des Zentralrats der Juden.

Wir beobachten mit Sorge, dass schon seit längerer Zeit in bürgerlich geführten antifaschistischen Gedenkstätten eine Strömung zunehmend dominierend wird, die diese in eine Spielart des Antikommunismus verwandelt. Es werden oft nur noch die jüdischen Opfer genannt und die Kommunisten (selbst sehr viele Juden) verschwiegen oder gar zu Mitschuldigen gemacht. Dazu gehört auch, wenn aus den Buchläden kommunistische Schriften etwa der inhaftierten Kommunisten verbannt und stattdessen antikommunistische Machwerke a la Solchenyzyin verkauft werden. Oder wenn die Bestrafung der Faschisten nach 1945 durch Inhaftierung mit den von den Faschisten betriebenen Konzentrationslagern gleichgesetzt wird. Das wurde bereits Anfang der 90er Jahre durch viele ehrliche Antifaschisten kritisiert (siehe u.a. www.taz.de/!1674056/?gomobile2=1560384000000). Das Verbot des Gedenkens an Thälmann ist in dieser Entwicklung eine **neue Qualität**. Auch hier gilt: **Wehret den Anfängen!**

Wir erwarten, dass Sie das Verbot der Gedenkveranstaltung am 17. August umgehend zurücknehmen, Ihr undemokratisches Verhalten korrigieren und sich bei den Verunglimpften entschuldigen. Wir bereiten auch rechtliche Schritte vor.

Mit freundlichen Grüßen

Tassilo Timm und Klaus Dimler

